

**Erläuterungen zur Festsetzung des Elternbeitrags gemäß
Elternbeitragsatzung - ES der Stadt Wuppertal**
(Die Ausführungen gelten nicht für Verpflegungsentgelte)

Beitragstabelle (Stand: 01.08.2019)

Stufe	Jahreseinkommen In Euro	Monatsraten für Kinder vom vollendeten zweiten Lebensjahr bis zum Beginn der Schulpflicht						Monatsraten für Kinder vor Vollendung des zweiten Lebensjahres					
		20 Std	25 Std	30 Std	35 Std	40 Std	45 Std	20 Std	25 Std	30 Std	35 Std	40 Std	45 Std
1	bis 20.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
2	bis 30.000	23	25	26	27	35	45	40	45	50	55	60	65
3	bis 40.000	38	40	46	50	65	75	70	80	90	100	110	115
4	bis 50.000	60	65	70	75	105	115	100	115	130	145	160	165
5	bis 60.000	80	90	95	100	145	175	130	150	175	190	210	215
6	bis 70.000	110	120	130	135	180	225	170	185	220	235	260	265
7	bis 80.000	140	150	160	170	215	275	205	220	265	280	300	315
8	bis 90.000	170	180	190	205	260	325	225	240	290	320	340	365
9	bis 100.000	190	210	220	235	305	375	245	260	310	355	380	415
10	über 100.000	210	240	250	265	350	425	265	280	330	380	420	465

Veranlagungszeitraum ist gem. § 3 (ES) der 01.08. bis 31.07. des Folgejahres (Kindergartenjahr). Elternbeiträge werden für die Monate erhoben, in denen ein Betreuungsverhältnis besteht (§ 6 Abs. 2 ES).

Wird mehr als ein Kind derselben nach § 10 elternbeitragspflichtigen Personen im gleichen Zeitraum in einer Tageseinrichtung für Kinder in Wuppertal und/oder in Kindertagespflege und/oder in einer offenen Ganztagschule der Stadt Wuppertal betreut, so ist nur für ein Kind ein Elternbeitrag zu zahlen. Der Elternbeitrag ist für das Kind zu zahlen, für das der höhere Beitrag nach dieser Satzung oder der Elternbeitragsatzung OGS anfällt (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ES).

Unabhängig davon wird für zeitgleich betreute Geschwisterkinder kein Elternbeitrag verlangt, solange ein Kind vor seiner Einschulung beitragsfrei ist (§ 5 Abs. 1 Satz 3).

Maßgebend für die Bemessung des Elternbeitrags ist jeweils das in dem Kalenderjahr, für das der Elternbeitrag festgesetzt werden soll, erzielte **Brutto**einkommen der Elternbeitragspflichtigen (Jährlichkeitsprinzip). Die Stadt kann insbesondere, wenn die Bemessungsgrundlagen nicht festzustellen sind, den Elternbeitrag vorläufig festsetzen. Die endgültige Festsetzung erfolgt, sobald das Festsetzungshindernis beseitigt ist.

Bezieht ein Elternbeitragspflichtiger Einkünfte aus einem Beschäftigungsverhältnis oder auf Grund der Ausübung eines Mandats und steht ihm auf Grund dessen für den Fall des Ausscheidens eine lebenslängliche Versorgung oder an deren Stelle eine Abfindung zu oder ist er in der gesetzlichen Rentenversicherung nachzuversichern, dann ist dem Bruttoeinkommen ein Betrag von 10 v. H. der Einkünfte aus diesem Beschäftigungsverhältnis oder auf Grund der Ausübung des Mandats hinzuzurechnen.

Erhalten im Falle der Vollzeitpflege nach § 33 SGB VIII die Pflegeeltern Kindergeld oder wird ihnen ein Kinderfreibetrag nach § 32 Einkommenssteuergesetz gewährt, haben sie höchstens einen Elternbeitrag nach der zweiten Elternbeitragsstufe zu zahlen.

Empfänger von Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II), Hilfen zum Lebensunterhalt oder Grundsicherung nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) oder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylLG) sind für die Dauer des Leistungsbezuges immer in der ersten Einkommensstufe der Anlage (Elternbeitrag 0,00 €) einzustufen.

bitte wenden

Das **Brutto**einkommen im Sinne der Elternbeitragsatzung setzt sich zusammen aus

- der Summe der Einkünfte nach § 2 Abs. 1 und 2 des Einkommensteuergesetzes (siehe *)
- **steuerfreien** Einkünften (z. B. Einkommen aus geringfügiger Beschäftigung, Renten, Versorgungsbezüge, Unterhaltsleistungen, Arbeitslosengeld, Krankengeld, Sonn- und Feiertagszuschläge)
- Unterhaltsleistungen an den (die) Elternbeitragspflichtige(n) und das Kind
- zur Deckung des Lebensunterhaltes bestimmte öffentliche Leistungen für die Elternbeitragspflichtigen und das Kind, für das der Elternbeitrag gezahlt wird (z. B. Leistungen nach dem SGB II („Hartz IV“), Wohngeld, Sozialhilfe)

Bei Lohn- und Gehaltsempfängern ist daher in der Regel das Einkommen gleich dem Jahreslohn oder Jahresgehalt abzüglich der gesetzlichen Werbungskostenpauschale. Sind Ihnen höhere Werbungskosten entstanden, weisen Sie diese bitte durch Vorlage des Steuerbescheides nach.

Bei Personen, die Einkünfte aus mehreren Einkunftsarten haben, darf nur die Summe der positiven Einkünfte (also ohne Verluste) berücksichtigt werden.

Verluste aus einer Einkunftsart dürfen von den anderen Einkünften nicht abgezogen werden. Dasselbe gilt für zusammen veranlagte Ehegatten. Hier dürfen Verluste des einen Ehegatten nicht von den positiven Einkünften des anderen Ehegatten abgezogen werden.

Zu berücksichtigen ist das Einkommen der Eltern. Lebt das Kind nachweislich (amtliche Meldebescheinigung) nur mit einem Elternteil zusammen, so tritt dieser an die Stelle der Eltern (nur das Einkommen dieses Elternteils - auch Unterhaltsleistungen - ist anzugeben).

Änderungen der Einkommensverhältnisse, die zur Zugrundelegung einer höheren Einkommensgruppe führen können, sind unverzüglich anzuzeigen und nachzuweisen.

*) § 2 (Abs. 1 u. 2) des Einkommensteuergesetzes lautet wie folgt: Umfang der Besteuerung, Begriffsbestimmungen

(1) Der Einkommensteuer unterliegen

1. Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft,
2. Einkünfte aus Gewerbebetrieb,
3. Einkünfte aus selbständiger Arbeit,
4. Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit,
5. Einkünfte aus Kapitalvermögen,
6. Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung,
7. sonstige Einkünfte im Sinne des § 22,

die der Steuerpflichtige während seiner unbeschränkten Einkommensteuerpflicht oder als inländische Einkünfte während seiner beschränkten Einkommensteuerpflicht erzielt. Zu welcher Einkunftsart die Einkünfte im einzelnen Fall gehören, bestimmt sich nach den §§ 13 bis 24.

(2) Einkünfte sind

1. bei Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb und selbständiger Arbeit der Gewinn (§§ 4 bis 7 f),
2. bei den anderen Einkunftsarten der Überschuss der Einnahmen über die Werbungskosten (§§ 8 bis 9 a).